



**Rede von**  
**Minister Herbert Reul**  
**anlässlich der Vorstellung der EP 03 im Innenausschuss**  
**am 23. November 2017**  
**in Düsseldorf**

— Es gilt das gesprochene Wort —

Anrede,

unter dem ersten eigenen Haushalt dieser Landesregierung stehen keine roten Zahlen mehr, sondern eine schwarze Null. Der erste Haushalt ohne Schulden seit 45 Jahren.

Das sind gute Nachrichten für dieses Land - denn es zeigt sich: Wir sind nicht nur gewillt, vernünftig und verantwortungsvoll zu haushalten - sondern wir machen es auch! Und wir halten unsere Versprechen:

An der Inneren Sicherheit wird nicht gespart, im Gegenteil. Wir legen noch mal eine Schippe drauf, wir nehmen mehr Geld in die Hand, um die Sicherheit der Menschen so gut es möglich ist sicherzustellen. Die Stärkung der Inneren Sicherheit ist ein Schwerpunkt dieser Landesregierung. Das sehen wir auch am Einzelplan 03.

Wir sind bei den Ausgaben mittlerweile bei 5,5 Milliarden Euro gelandet - eine Steigerung von knapp 170 Millionen Euro im Vergleich zum Haushalt 2017 (inklusive Nachtrag).

Als Innenminister freuen mich diese Zahlen natürlich. Sie bringen aber auch die Kehrseite der

Medaille zum Vorschein: Denn die Notwendigkeit dieser Ausgaben macht deutlich, wie ernst die aktuelle Lage ist. Ihnen allen dürfte klar sein: Wir geben dieses Geld nicht zum Spaß aus, sondern weil die Sicherheitslage dieses Handeln erfordert.

Die zusätzlichen Stellen bei der Polizei - 300 zusätzliche Anwärter, 500 Polizeiverwaltungsassistenten - werden dringend gebraucht. Zum einen, um mittelfristig die Verluste durch Pensionierungen, durch Ausscheiden aus dem Dienst, aufzufangen.

Zum anderen, um kurzfristig die Präsenz unserer Polizei in der Öffentlichkeit zu erhöhen - denn wir brauchen jetzt mehr Polizei auf der Straße. An Brennpunkten. In Angsträumen. Nicht erst in 3 Jahren, wenn die neuen Anwärter fertig ausgebildet sind. Die Entlastung von Verwaltungsaufgaben ist aus meiner Sicht ein wichtiger Baustein, um schnell mehr Beamtinnen und Beamten für polizeiliche Aufgaben zu gewinnen.

Mehr Anwärter, mehr Verwaltungsassistenten - das sind die wichtigsten Maßnahmen - es sind aber nicht die einzigen, die wir treffen, um die Arbeit unserer Polizei zu erleichtern:

- 350 kw-Vermerke bei den Tarifbeschäftigten der Polizei fallen weg - warum es überhaupt diese Vermerke gab, ist mir bis heute schleierhaft.
- 150 Stellen richten wir zusätzlich für Polizeibeamte ein, die länger arbeiten wollen - das ist auch ein Signal in Richtung der erfahrenen Kolleginnen und Kollegen, dass wir ihr Fachwissen, ihre Erfahrung wertschätzen und brauchen.
- Des Weiteren schaffen wir zusätzliche Stellen u.a. für Spezialisten im LKA, für IT-Spezialisten, für Juristen in Polizeibehörden, für den Ausbau von Predictive Policing oder auch den Polizeiarzt und sein Team.
- Wir setzen einen Schwerpunkt bei der Ausbildung - sowohl bei der Polizei als auch bei der Inneren Verwaltung.

Die zusätzlichen Stellen beim LAFP (15 Stellen) und der FHöV (111 Stellen) brauchen wir zum einen, um die hohen Studierendenzahlen zu bewältigen. Dazu ist die Anmietung von zwei neuen Standorten noch im nächsten Jahr zwingend erforderlich. Wir brauchen also mehr Personal in der Lehre und natürlich auch in der Verwaltung.

Dass die Studierendenzahlen so hoch sind, ist übrigens eine tolle Nachricht und ein gutes Zeichen dafür, dass der öffentliche Dienst in NRW ein attraktiver Arbeitgeber ist. Ich finde, das darf man an dieser Stelle auch mal hervorheben.

Zum anderen wollen wir mit mehr Personal auch die Qualität der Lehre insgesamt weiter verbessern. Egal, wie gut man ist: Besser geht immer. Und je besser wir diese jungen Menschen heute ausbilden, umso mehr profitieren wir als Land später davon.

- Auch die Feuerwehren stärken wir durch zusätzliche Stellen im Institut der Feuerwehr - auch hier gilt: eine gute, fundierte Ausbildung ist die Basis, um für diesen Job optimal vorbereitet zu sein.

Anrede,

genügend Personal ist uns viel wert - alleine hilft uns das aber nicht weiter. Wir wollen diese Frauen und Männer auch in die Lage versetzen, ihre Aufgaben jeden Tag bestmöglich zu erledigen.

Deshalb investieren wir nachhaltig in den Sachhaushalt - alleine rund 724 Mio. EUR für unsere Polizei. Das sind - wenn wir den Digitalfunk außen vor lassen - 54 Mio. EUR mehr als 2017.

Ich will die wichtigsten Punkte dazu kurz erläutern:

- 19,2 Mio. EUR stellen wir für neue Fahrzeuge zur Verfügung, u.a. in den Bereichen Observation, für die Bereitschaftspolizei oder auch die Wasserschutzpolizei.
- 5,3 Mio. EUR stecken wir in die persönliche Ausstattung unserer Polizeibeamtinnen und -beamten.

Dabei geht es insbesondere darum, sie im Einsatz zu schützen - vor der leider immer stärker zunehmenden täglichen Gewalt. Aber auch vor terroristischen Angriffen.

Wir investieren daher u.a. in neue Unterziehschutzwesten, in die bereits angekündigten Trageversuche für ballistische Helme, die vor gefährlichen Geschossen schützen sollen und in die Anschaffung von Bodycams.

Das sind wahrlich keine Kleckerbeträge, die wir hier bewegen - und das ist bei diesem Punkt auch gut so: Wenn wir was tun können, um die Sicherheit unserer Polizeikräfte im Einsatz zu verbessern, dann müssen wir das auch angehen.

- Der nächste Punkt: Die IT-Ausstattung unserer Polizei. Wir nehmen 31,7 Mio. EUR in die

Hand, um sie zu erneuern und zu verbessern.

Das hört sich nach viel an - ist es auch. Aber auch hier gilt: Diese Summen muss man bewegen, wenn wir mit der technischen Entwicklung Schritt halten wollen - und das müssen wir, denn die Kriminellen tun es auch.

Zum Beispiel, um Cybercrime besser zu bekämpfen. Wir wissen, dass sie ein Problem ist - sie trifft Privatpersonen ebenso wie öffentliche Stellen und Wirtschaftsunternehmen. Wir brauchen eine moderne Struktur, damit unsere Polizei effektiv dagegen vorgehen kann.

Zu IT gehören auch die mobilen Endgeräte - da müssen wir dringend nachlegen. Und zwar so, dass es im Alltag auch zu gebrauchen ist.

Auch der Punkt Big Data ist ein Thema - wir leben in einer Zeit der Digitalisierung. Das bedeutet: Bei Ermittlungen und Auswertungen müssen massenweise Daten verarbeitet werden: Bilder, Schriftstücke, und und und. Auch hier müssen wir unsere Behörden in die Lage versetzen, das schnell, effektiv und vor allem effizient zu tun.

Und natürlich gehört auch die Ausweitung der Videobeobachtung dazu - dort, wo es Sinn macht. Ich war vor kurzem bei der Einweihung der neuen Altstadtwache, hier in Düsseldorf. Hier funktioniert das ganz hervorragend - ich wüsste nicht, warum es nicht auch anderswo im Land funktionieren sollte. Wir stellen die notwendigen Mittel dafür jedenfalls bereit.

- Der Bereich der Liegenschaften wird auch verstärkt. Insgesamt sind für Miete Mittel in Höhe von 271,78 Mio. EUR vorgesehen und 165,00 Mio. EUR Verpflichtungsermächtigungen, um notwendige Neuanmietungen oder Sanierungsmaßnahmen vornehmen zu können. Davon allein für die Polizei 191,17 Mio. EUR Mietmittel und 86,08 Mio. EUR Verpflichtungsermächtigungen.

Ich habe in diesem Ausschuss am 28.09.2017 auf den großen Sanierungsbedarf der Liegenschaften im Innenressort, insbesondere im Polizeibereich, hingewiesen. Mittel hierfür werden wir zunächst über die Bau- und Mietliste 2018 erhalten. Die Größenordnung der Mittel aus der Bau- und Mietlisten lag in den letzten Jahren bei durchschnittlich 60 Mio. Euro Verpflichtungsermächtigung pro Jahr. Mir ist bewusst, dass das nicht ausreichen kann. Ich bin daher mit dem Finanzminister im Gespräch, wie eine zusätzliche Mobilisierung erreicht werden kann.

- Auf drei konkrete Projekte, für die im Entwurf für den Haushalt 2018 aber bereits Mittel vorgesehen sind, möchte ich besonders eingehen:
  - 40 Mio. Euro stehen als Verpflichtungsermächtigung für Sanierungen der Fortbildungsakademie Herne zur Verfügung.
  - Die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung erhält zusätzliche Mietmittel aufgrund der gesteigerten Ausbildung im Polizeibereich. Mehr Auszubildende bedeutet eben auch mehr Raumbedarf. Bei den Mitteln handelt es sich um 38,93 Mio. Euro Verpflichtungsermächtigung und 2,60 Mio. Euro Verstärkung des Miettitels.
  - Für das „Regionale Trainingszentrum“ der Polizei in Essen sind 32,55 Mio. Euro Verpflichtungsermächtigung vorgesehen.

Daneben investieren wir 4,2 Mio. EUR in den Verfassungsschutz, u.a. für Präventionsprojekte und Aussteigerprogramme des Verfassungsschutzes - darunter der Ausbau von Wegweiser und der Programme gegen Rechts- und Linksextremismus. Wir führen die Programme „Kurve kriegen“ und „klarkommen“ weiter fort, weil wir überzeugt davon sind, dass das gute Programme sind; dass sie uns dabei helfen, Jugendliche und junge Erwachsene wieder in die Spur zu bringen.

Ich habe es eben bereits gesagt: Wir leben in einer digitalen Gesellschaft - sich darauf einzustellen betrifft auch die innere Verwaltung.

Wir haben ein Gesetz zum E-Government, das uns klare Aufträge ins Gebetbuch schreibt:

- elektronische Aktenführung bis 2022,
- elektronischer Aktentausch zwischen den Behörden und
- elektronische Verwaltungsabläufe bis 2031.

Das hört sich nach viel Zeit an - aber wir müssen jetzt damit anfangen, die Weichen zu stellen. Und das tun wir auch:

Wir stellen 2,5 Mio. EUR für die Umsetzung im Innenministerium bereit. Und nochmal 4,5 Mio. EUR für die Bezirksregierungen. Digitale Aktenführung bedeutet vor allem: alle Akten im Geschäftsbereich müssen gescannt und digitalisiert werden - und wir reden hier über eine Größenordnung von ca. 275.000 Akten.

Die Umsetzung des E-Government-Gesetzes begleiten wir mit externem Sachverstand - anders kann

es gar nicht funktionieren. Diese Beratung brauchen wir in allen Phasen der Einführung. Denn weg von Papier, hin zu digitalen Datensätzen - das ist ein kleiner Paradigmenwechsel. Aber er ist notwendig, und ich glaube daran, dass das für eine Verwaltung auch große Chancen bieten kann. Auch und gerade für die Beschäftigten, indem wir mobiles Arbeit stärker fördern, indem wir Familie und Beruf besser miteinander in Einklang bringen.

Zuletzt möchte ich noch auf ein Thema hinweisen, das mir an dieser Stelle besonders wichtig ist: wir investieren 1,19 Mio. EUR in eine neue Werbekampagne der Freiwilligen Feuerwehren. Dass eine Landesregierung so viel Geld für eine solche Kampagne bereitstellt, ist einzigartig - aber es ist auch eine tolle Kampagne. Entstanden übrigens aus dem Projekt „Feuerwehrensache“, über das wir ja gleich noch sprechen werden.

Das ist ein Projekt, das wir gerne fortführen, weil es innovativ ist - viele Ideen sind direkt an der Basis entstanden und wurden im Einsatz erprobt. Es ist daher wichtig für die Zukunft unserer Feuerwehren. Weil es darauf ausgerichtet ist, mehr Mitglieder zu gewinnen. Die Zukunft der Feuerwehren hängt vom Nachwuchs ab - wir müssen also gucken, wie wir Menschen gezielt ansprechen.

Wir müssen uns vor Augen halten: Was die vielen Frauen und Männer in der Freiwilligen Feuerwehr leisten, geschieht aus eigenem Antrieb. Neben dem eigentlichen Job, neben der Familie, neben den eigenen Hobbys und Interessen. Ich weiß von vielen Feuerwehrfrauen und -männern, dass sie das mit großer Begeisterung tun - das ist für viele eine absolute Herzensaufgabe. Keine Belastung, sondern eine Bereicherung.

Ich halte es für sehr wichtig, dass wir dafür sorgen, mehr Menschen dafür zu begeistern, den Funken überspringen zu lassen. „Für mich. Für alle.“ - das ist der Slogan. Ich finde, das hat was. Diese Kampagne ist es wert, überall im Land beworben und verbreitet zu werden. Wir führen sie fort, bis 2019.

Und mir persönlich ist auch sehr daran gelegen, ein weiteres Projekt der Feuerwehren nicht aus dem Auge zu verlieren: Und das sind die Kinderfeuerwehren. Das ist ein Projekt, das eine riesige Nachfrage erzeugt hat - weit mehr Feuerwehren haben Bedarfe angemeldet und eine Förderung beantragt. Der Topf ist leer - und trotzdem werde ich alles versuchen, damit wir dieses Thema nicht im Sande verlaufen lassen.

Das Mindeste wäre, die beantragten Mittel noch irgendwie zusammenzubekommen - vielleicht schaffen wir es aber auch gemeinsam, die Kinderfeuerwehren in Zukunft nachhaltig zu unterstützen.

Es wäre eine Investition, die sich lohnt.

Anrede,

diese Landesregierung hält ihre Versprechen - den besonderen Fokus auf die Innere Sicherheit bildet dieser Haushalt ab. Das ist ein klarer Schwerpunkt des Regierungshandelns - gerade vor dem Hintergrund, dass der Haushalt unterm Strich ausgeglichen ist.

Herzlichen Dank.